

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 25.11.2008

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 22:00 Uhr

Anwesend sind:

Herr Werner Misch	CDU	16:00 Uhr bis 21:00 Uhr
Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:00 Uhr bis 21:00 Uhr
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	16:00 Uhr bis 21:00 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:00 Uhr bis 21:00 Uhr
Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE.	16:00 Uhr bis 21:00 Uhr
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	16:00 Uhr bis 21:00 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:00 Uhr bis 21:00 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBürger	16:10 Uhr bis 21:00 Uhr
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	16:00 Uhr bis 21:00 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Frau Isa Weiß	CDU	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	Vertreter: Frau Ute Haupt
Herr Gottfried Koehn	SPD	Vertreter: Herr Krause
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	Vertreter: Herr Dr. Brockmann

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Die Behandlung der Stabsstellen 390 und 411 sowie Kultur gGmbH wurden von der Tagesordnung genommen, da die Fachausschüsse noch keine abschließenden Voten abgegeben haben.

Die Ausführungen zu den Mieten, der Entwicklung der Betriebskosten und der Instandsetzung- und Modernisierungstätigkeit sowie des Gebäudemanagements wurden auf die Sitzung am 16.12.2008 vertagt (Beratung Haushalt des Dezernates II).

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Beschlussvorlagen
 - 3.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2009 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2007
 - Personalkosten
 - Dezernat Oberbürgermeisterin
 - Dezernat Finanzen und PersonalVorlage: IV/2008/07577
4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
5. schriftliche Anfragen von Stadträten
6. Mitteilungen
7. mündlichen Anfragen
8. Anregungen

zu 3 Beschlussvorlagen

- zu 3.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2009 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2007**
- Personalkosten
- Dezernat Oberbürgermeisterin
- Dezernat Finanzen und Personal
Vorlage: IV/2008/07577
-

Personalkosten allgemein

Im Vorfeld der Sitzung wurde an die Mitglieder des Ausschusses eine Zuarbeit des Personalamtes zu Statistiken übersendet. Frau Unger untersetzte diese mit einem Vortrag und ging dabei besonders auf das Haushaltsjahr 2008, die Haushaltsplanung 2009, die Mittelfristige Finanzplanung und den Städtevergleich ein. Ein Handout zum Vortrag wurde den Mitgliedern zu Beginn der Sitzung übergeben. (Beide Materialien sind im Session dieser Sitzung auch als externe Dokumente beigefügt.)

Auf Nachfrage führte Frau Unger u. a. aus, dass in keinem der städtischen Ämter ein Personalüberhang zu verzeichnen sei. Durch die Teilzeinitiative wurde die Anzahl der Arbeitsstunden der Mitarbeiter mindestens auf das Niveau im Fachkonzept angepasst (Folie 4). Sie bekräftigte, dass die Fachkonzepte lebende Instrumente seien.

Aufgrund des demografischen Wandels seien die Fachkonzepte unverzichtbar. Sie müssen weiter bearbeitet und verfeinert werden.

Herr Geier bestätigte, dass sich das Zusammenspiel der einzelnen Bereiche bezüglich der Fachkonzepte in der Verwaltung gut etabliert habe und bekräftigte das vorgestellte weitere Verfahren. Das Ergebnis der Teilzeinitiative sei auf Folie 8 festgeschrieben.

Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 25. November 2008 - Haushaltsplanberatung Dezernat OB und I - öffentlicher Teil

Frau Unger führte weiter aus, dass das sogenannte Transferpersonal zurzeit 84 Beschäftigte seien (ohne kostenrechnende Einrichtungen), die auf einer KW-Stelle eingesetzt seien (KW = künftig wegfallend). Ziel sei es, diese Mitarbeiter auf frei werdende Stellen zu vermitteln. Bei zukünftigen Aufgabenstreichungen werde es unter Umständen zu mehr KW-Stellen kommen. Weiterhin gebe es Sozialstellen (personenbezogenes KW). Die Ist-Verrechnung der Personalkosten werde in den Unterabschnitten vorgenommen, in denen der Beschäftigte eingesetzt ist. Bei den Vergleichen der Personalkosten mit denen anderer Städte wurden die Personalkosten der Kernverwaltungen verglichen. Es wurden die Planzahlen aus den Haushaltsplänen der Städte abgefragt.

Die globale Minderung wurde extra aufgeführt, da diese bereits mit eingerechnet wurde. Sie stelle ein Risiko dar, da sie in der Mittelfristigen Finanzplanung bereits abgezogen sei. Sollte die globale Minderung nicht erwirtschaftet werden können, steige das strukturelle Defizit des städtischen Haushalts.

Einige Stadträte kritisierten, dass im Jahr 2008 die tariflichen Steigerungen nicht eingeplant worden seien. Eine mittelfristige Erhöhung der Planung sei jedoch auch eine politisch-strategische Entscheidung. Die Verwaltung solle wie ein vorsichtiger Kaufmann kalkulieren. Mittlere Ansätze bei der Kalkulation sollten gewählt werden. Mindestens jedoch 1,5 %, um die Höhe des Deltas zu verringern.

Herr Geier betonte, dass die Umsetzung der Annahmen in die Planung auch ein Signal an die Tarifparteien sei. Ein Restrisiko sei immer vorhanden.

Herr Bönisch bat die Verwaltung um Prüfung, wie sich die Mittelfristige Finanzplanung bei einer angenommenen Tarifsteigerung in Höhe von 1,5 % verändern würde.

Auf Nachfrage von Herrn Schramm und Herrn Dr. Meerheim sagte Frau Unger eine klarere Darstellung der Entwicklung von Kernverwaltung und Oper zu sowie die Auswirkungen auf die Haushaltskonsolidierung.

Herr Geier erinnerte daran, dass die Oper Personalhoheit gehabt habe, die Mittel bei der Stadt Halle (Saale) beantragt wurden und später Nachträge eingereicht wurden. Diese wurden auch in den zuständigen Gremien des Stadtrates behandelt und bewilligt. Die Schwierigkeiten in diesem Bereich seien bekannt.

Frau Unger schätzte ein, dass die globale Minderung im Jahr 2008 für die Kernverwaltung erreicht werde und für das Jahr 2009 nicht unrealistisch sei.

Bezüglich der Besetzung von frei werdenden Stellen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Altersteilzeit werde unterschiedlich verfahren. Manchmal falle die Stelle weg und manchmal werde sie wieder besetzt. Die Genehmigung eines Altersteilzeitmodells richte sich nach dem Ergebnis der Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Maßnahme für die Verwaltung.

Herr Geier fügte an, dass es aufgrund der Altersstruktur in der Zukunft nicht mehr möglich sein werde, Altersteilzeitmodelle umzusetzen.

Zu den offenen Stellen im Planungsbereich führte Frau Unger aus, dass das Fachkonzept des Amtes jetzt bestätigt sei. Da es sich bei den offenen Stellen um Spezialistenstellen handelt, werde die Verwaltung um externe Einstellungen nicht herumkommen.

Herr Bönisch bat um eine Erläuterung, warum im Jahr 2008 eine deutliche Absenkung der Auszubildenden in der Stadt Halle (Saale) zu verzeichnen sei (Folie 31).

Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 25. November 2008 - Haushaltsplanberatung Dezernat OB und I - öffentlicher Teil

Die Mehrheit der Mitglieder sprach sich für eine Steigerung der Fortbildungskosten aus (Folie 33). Für diese Mittel sollte die Haushaltssperre nicht gelten und diese sollten nicht als Deckung herangezogen werden. Sie seien notwendige Investitionen in die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. 0,4 % Fortbildungskosten im Vergleich zu den Personalkosten sei viel zu gering.

Dezernat OB

Amt 01 Büro der Oberbürgermeisterin

0000 Stadtrat und Ausschüsse

Auf Nachfrage führte Frau Ruhl-Herpertz aus, dass es sich bei den Sachausgaben eigener Veranstaltungen um die Ausgaben für die Versorgung der Ausschüsse handle.

Zur Optimierung der Nutzung des Stadthauses wurde ausgeführt, dass im Oktober 2008 umfangreiches Material an die Fraktionen gegeben wurde.

0010 Büro der Oberbürgermeisterin

Herr Bönisch bat um Erläuterungen der Personalkostensteigerungen in diesem Unterabschnitt.

Weiterhin bat Herr Bönisch um die Aufzeichnung der geplanten Kosten für die Veranstaltungen zu Logoil. Frau Ruhl-Herpertz sagte zu, dies nachzureichen.

Zu dem allgemeinen Fernmeldekonzept führte Herr Geier auf Nachfrage aus, dass die internen Prüfaufträge laufen und er unaufgefordert im Ausschuss über die Ergebnisse informieren werde.

Die Mitglieder baten dringend um mehr Erläuterungen der Verwaltung, um Nachfragen zu vermeiden. Dies wurde bereits in den Vorjahren angeregt.

0241 Pressearbeit

Es wurde um eine Zuarbeit bezüglich der Personalkosten gebeten. Welcher Wechsel des Personals wurde mit welchen Folgen vorgenommen?

Die Verwaltung wurde gebeten zu prüfen, ob das Amtsblatt flächendeckend im gesamten Stadtgebiet verteilt wird. Interessantes für die Bürger sollte in den Mittelpunkt gestellt werden.

8050 Beteiligungsmanagementanstalt

Herr Lork erläuterte, dass die Umsetzungskosten zum überwiegenden Teil für die Position Fernwasser Elbe Ostharz zum Abbau des Altdefizits geplant seien. Die Projektkosten werden nach Abruf und Freigabe durch den Finanzausschuss verausgabt.

Das Jahresergebnis 2008 werde Null sein. Die restlichen verbleibenden Mittel werden als Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt gebucht und gehen an die Verwaltung zurück.

Im Vermögenshaushalt wurden von der BMA eigentlich 50 T€ beantragt. Im Haushaltsplanentwurf seien 10 T€ enthalten. 30 T€ - 40 T€ waren geplant, um Spezialsoftware für die Berechnung des Ertragswertes von Beteiligungen zu kaufen. Diese sei für die Einführung der Doppik wichtig.

Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 25. November 2008 - Haushaltsplanberatung Dezernat OB und I - öffentlicher Teil

Herr Geier sagte eine Prüfung zu, ob die Finanzierung ggf. über den Haushaltsansatz für die Einführung der Doppik übernommen werden könne.

Herr Lork führte weiterhin aus, dass die restlichen Mittel für die Anschaffung eines Regalsystems für das Archiv, Schallschutzmaßnahmen für den Beratungsraum und als Reserve für Ersatzbeschaffungen dienen sollen.

0810 Personalrat

Bezüglich der für den Personalrat zu kaufenden Tische wurde aus dem Ausschuss heraus darauf hingewiesen, dass auf den Fluren im Hansering Tische stehen, die genutzt werden könnten.

Amt 14 Rechnungsprüfung

0100 Rechnungsprüfung

Zu diesen Positionen wurden keine Nachfragen gestellt.

Dezernat I Finanzen und Personal

Amt 13 Amt für Kommunikation, Datenverarbeitung und Zentrale Dienste

0200 Zentrale Dienste

Auf Nachfrage mehrerer Ausschussmitglieder zum Stand des Aufbaus eines Bereiches Zentrale Dienste führte Herr Geier aus, dass alle Beigeordneten einbezogen werden müssen, um alle Schnittstellen zu erfassen. Anfang Dezember werden Gespräche mit Vertretern des Stadtwerkekonzerns beginnen, um Konditionen für eine evtl. Übernahme von Aufgaben abzu prüfen. Es müssen jedoch erst die bestehenden Strukturen erfasst und geprüft werden, wo eine Zusammenfassung sinnvoll wäre. Diese Ergebnisse der Prüfungen müssen vor einer Entscheidung abgewartet werden.

Ein verwaltungsinternes Ausschreibungsverfahren für den Leiter der Zentralen Dienste aus Juli 2008 verzögerte sich. Diese Stelle wurde vorläufig eingestuft. Eine Überprüfung werde dann vorgenommen, wenn die Zielstruktur feststehe.

Es wurde von einem Vertreter des Ausschusses darauf hingewiesen, dass die Komponenten des Bereiches im Grundsatzbeschluss der Restrukturierung des EB ZGM festgeschrieben worden seien.

0210 DV-Koordination

7740 Hilfsbetrieb der Datenverarbeitung

Herr Strohmeyer erläuterte aufgrund einer Frage, dass die Unterabschnitte 0210 und 7740 in einem ursächlichen Zusammenhang zu betrachten sind. Die ITC-Position beinhalte die gesamte Betriebsführung und die Beratung an der Hotline. In der Wartung Software sind die insgesamt 84 Verträge und die Datenverarbeitung allgemein enthalten. Die Kosten für die Nutzung von SAP haben sich um 5 % erhöht. Die Leitungen der Stadtwerke werden vermehrt genutzt, um Kosten zu sparen.

0240 Kommunikation

Nach Erkundigung durch die Mitglieder führte Herr Dr. Furchert aus, dass die eingestellten Haushaltsmittel wichtig für den Beginn der Einführung von E-Government seien.

Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 25. November 2008 - Haushaltsplanberatung Dezernat OB und I - öffentlicher Teil

Mehrere Mitglieder betonten die Wichtigkeit dieses Projektes für die Stadt Halle (Saale) und befürworteten ausdrücklich die Einführung.

Herr Schramm bat die Verwaltung um eine ausführliche Information über die Konzeption in der Finanzausschusssitzung im Februar 2009.

Zum Vermögenshaushalt des DV-Bereiches führte Herr Geier aus, dass die Anzahl der Ersatzbeschaffungen am unteren Limit kalkuliert worden seien. Durch die Einführung der Doppik entstehen für die Updates von SAP keine zusätzlichen Kosten.

Stabsstelle 012 Strategische Steuerung/ Haushaltskonsolidierung

0212 Haushaltskonsolidierung / Zentrale Steuerung

Frau Hock führte auf Nachfrage aus, dass es sich in ihrem Bereich nicht um Umsetzungskosten für die Kultur handelt, sondern um die punktuelle Begleitung der Prozessanalyse der Verwaltung und als Grundlage für das neue Haushaltskonsolidierungskonzept IV. Weiterhin müsse auch das EDV-gestützte Haushaltskonsolidierungsabrechnungsprogramm von Kame-ralistik auf Doppik umgestellt werden (ca. 20 T€) und der Abschluss der START-Studie zu Hilfen zur Erziehung schlage mit 20 T€ zu Buche.

Amt 11 Amt für Organisation und Personalservice

0211 Ressort Organisation

Die Mitglieder des Ausschusses regten an, die zentralen Mittel für die Aus- und Fortbildung zu erhöhen.

Amt 20 Amt für Finanzservice

0300 Finanzservice

Herr Geier sagte zum Stand der Doppikeinführung, dass das Jahr 2009 ein Pilotjahr sei, in dem aus jedem Dezernat mindestens ein Amt wichtige Schnittstellen und die Umsetzung prüfe, damit die doppische Buchführung im Jahr 2010 in der gesamten Stadtverwaltung eingeführt werden könne. Die Mitglieder des Stadtrates werden nach der Kommunalwahl in das Schulungskonzept der Stadt Halle (Saale) einbezogen. Die Stadt Halle (Saale) scheint in Sachsen-Anhalt eine Pilotrolle zu übernehmen (Stadt in dieser Größe). Die Doppik werde nicht dazu führen, dass die Stadt Halle (Saale) eine bessere finanzielle Ausstattung haben wird. Sie sorgt für Kostentransparenz und höhere Klarheit über die Folgen der Entscheidung des Stadtrates.

Frau Gruß fügte an, dass zurzeit mit dem Land diskutiert werde, dass die Bewertungen der participations nach einem Ertragswertgutachten erfolgen können.

Zentrale übergreifende Finanzvorgänge

Finanzwirtschaft

9000 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen, 9010 Finanzausgleich, 9100 Allgemeine Finanzwirtschaft

Auf Zwischenfrage von Ausschussmitgliedern erläuterte Herr Geier, dass für die Planungen die Steuerschätzung Mai zugrunde gelegt wurde. Dabei sei zu berücksichtigen, dass seiner

Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 25. November 2008 - Haushaltsplanberatung Dezernat OB und I - öffentlicher Teil

Meinung nach die Annahmen optimistisch für 2009 seien. Die Steuerschätzung November zeige eine Minderung der Konjunktur. Mit dem Haushaltsplanentwurf wurde eine austarierte Variante vorgelegt.

Frau Gruß ergänzte, dass das Landesverwaltungsamt als Kommunalaufsichtsbehörde in einem Schreiben aus August 2008 deutlich gemacht hat, dass sich die Kommunen an die Orientierungsdaten zu halten haben.

Herr Geier führte weiter aus, dass trotz mehrerer überplanmäßiger Ausgaben mit Deckung Steuern, diese Positionen nicht weiter erhöht werden sollten, da diese Einnahmen zum großen Teil Momentbetrachtungen seien, mit Vorauszahlungen, die nicht als gesichert anzusehen seien. In diesen Bereichen müsse immer eine Risikoabwägung vorgenommen werden.

Die Verwaltung wurde gebeten, das Ist 2008 am Anteil an der Einkommenssteuer vorzulegen.

9110 Zuführungen zwischen VWH und VMH

Herr Bönisch bat um schriftliche Erläuterung des Unterabschnittes 9110.

Weiterhin wurde die Verwaltung gebeten, die Haushaltsstelle 1.8800.210100 Gewinnausschüttung der Wohnungswirtschaften zum strukturellen Ausgleich zu prüfen. Diese Einnahmen erscheinen einigen Mitgliedern des Finanzausschusses fraglich und müssen erläutert werden.

Festlegung: Der Unterabschnitt 9190 Kürzungen und Überschreitungen mit seiner globalen Minderausgabe in Höhe von 5 Mio. € wird in der Abschlussberatung wieder vorgelegt und beraten.

Es folgte eine Diskussion über den Umgang mit der Darstellung der freiwilligen Aufgaben der Stadt Halle (Saale), orientiert am Haushaltsplan 2008 und dem Planentwurf 2009 („bunte Liste“ 5 Mio. €).

Die einzelnen Ausschussmitglieder äußerten ihre Erwartungen zum Umgang mit der globalen Minderausgabe.

Herr Krause stellte folgenden Geschäftsordnungsantrag:

Die Auflistung wird im Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften nicht vor der Information im Stadtrat über das allgemeine Prozedere abschließend beraten.

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag:

einstimmig zugestimmt

Einige Mitglieder betonten, dass sie nicht ohne eine konkrete Untersetzung der Minderung mit der Darstellung der Konsequenzen beschließen werden.

zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Herr Bönisch stellte folgenden Antrag:

Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 25. November 2008 - Haushaltsplanberatung Dezernat OB und I - öffentlicher Teil

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften stimmt der Ergänzung der Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses am 09.12.2008 um folgenden TOP:

Antrag der CDU-Fraktion und Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Vertrag mit der VNG Verbundnetz Gas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH

zu.

Herr Bönisch erläuterte, dass es Ziel der Antragsteller sei, dass der Stadtrat Folgendes beschließen möge:

Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin als Vertreterin des Gesellschafters Stadt Halle (Saale), die Geschäftsführung der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH anzuweisen, die Geschäftsführung der Stadtwerke Halle GmbH anzuweisen, mit der VNG Verbundnetz Gas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH (VNG VuB) einen Treuhandvertrag gemäß dem Muster, welches dem Gesellschaftsvertrag der VNG VuB in der Fassung vom 10.07.2004 als Anlage 1 beigelegt ist, für eine unkündbare Laufzeit bis zum 31.12.2013 über die von der VNG VuB zurzeit treuhänderisch für die Stadtwerke Halle GmbH gehaltenen Aktien an der VNG- Verbundnetz Gas AG abzuschließen.

Herr Krause sprach sich gegen den Antrag aus. Der Aufsichtsrat habe sich noch nicht mit der Thematik befasst und vorher sollte dieser nicht öffentlich diskutiert werden. Ein finanzieller Schaden für die Gesellschaft sei zu befürchten.

Herr Dr. Meerheim sprach sich für die Aufnahme aus, da die Summen bereits in der Presse veröffentlicht wurden. Er sehe keine wirtschaftlichen Auswirkungen.

Frau Wolff bat um Abstimmung.

Abstimmung des Antrages:

6 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

mehrheitlich zugestimmt

Herr Wolter bat die Verwaltung um Prüfung, ob die Aufnahme des o. g. Antrages in die Tagesordnung am 9.12.2008 korrekt vorgenommen wurde.

zu 5 schriftliche Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

zu 6 Mitteilungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

zu 7 mündlichen Anfragen

Bedarfsliste Verkehr

Herr Wolter fragte nach der Bedarfsliste Verkehr. Diese liege ihm noch nicht vor. Es wurde darauf hingewiesen, dass diese Beratungsgegenstand der Haushaltsplanberatung Dezernat II am 9.12.2008 sei.

Temporärer mobiler W-LAN-Router

Herr Schramm fragte, was die Installation eines temporären mobilen W-LAN-Routers kosten würde.

Fraktionsgelder

Herr Wolter fragte, ob sich die Rückforderungen auch auf die Jahre 2004 und 2005 beziehen.

zu 8 Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht. Herr Dr. Meerheim fragte, ob Bedarf an der Durchführung des nicht öffentlichen Teils der Sitzung bestehe. Dies wurde verneint. Aus diesem Grund fand keine nicht öffentliche Sitzung statt.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Finanzen und Personal

Martina Beßler
Protokollführerin
Controllerin Dezernat I